

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 30 (1940)
Heft: 7

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenchau

Zweiter Versuch einer Friedensoffensive.

Roosevelt hat einen Beauftragten, Mr. Sumner Welles, nach Europa befohlen, und zusammen mit seinem persönlichen Gesandten beim Vatikan, Mr. Myron Taylor, wird er die italienische, die deutsche und die beiden alliierten Regierungen besuchen. Letzter Zweck dieser Besuche soll natürlich der Abschluß eines Friedens sein; die Neutralen Europas, unter denen Italien an erster Stelle steht, werden mitwirken haben; wichtiger fast noch als die staatlichen Organismen wird die Rolle der Kirche sein, was man schon aus der Nominierung der beiden Beauftragten sieht.

Der amerikanische Präsident will aber nichts überstürzen; das Scheitern der ersten Bemühungen hat ihn belehrt. Und ohnehin weiß er, wie weit die Standpunkte der beiden Lager auseinanderklaffen. Was Sumner Welles soll, ist sehr einfach: Er wird sich informieren. In welcher Hinsicht, das mag man verschieden ansehen. Daß er Beobachtungen anstellen wird, ist sicher. Er wird sich ein Bild über den materiellen und geistigen Zustand des deutschen Volkes ebenso wie der andern kriegsführenden Nationen machen können, und wenn er darüber Bericht erstattet, wird Roosevelt auch darauf Pläne errichten können.

Aber die wichtige, die amtliche Information gilt doch den Kriegszielen beider Parteien, oder genauer gesagt, dem, was sie als Minimum verlangen, um Frieden zu schließen. Wenn also Sumner Welles seinem Präsidenten berichtet, daß die Alliierten siegen wollen, und daß auch die Deutschen nicht daran denken, einen andern als einen siegreichen Frieden abzuschließen, wird in Washington die Ausichtslosigkeit jedes Versuches, Frieden zu stiften, eingesehen werden: man wird erst wieder in die Schranken treten, wenn die Parteien sich furchtbar geschlagen, ihre Länder in Trümmerhaufen geschossen und ihre Jugend geopfert haben.

Kreislich, so grob und so einfach haben wir uns die amerikanischen Absichten nicht vorzustellen. Der angedehnte Zweck der „Informierung“ kann ganz einfach Tarnung weitergehender Ziele sein. Man informiert sich, um der Gegenseite mitzuteilen, was der Ausgefragte allenfalls zugestehen würde. Man will erfahren, ob auf beiden Seiten ein Eventual-Minimum, das den Massenmord vermeiden ließe, vorhanden wäre, und wenn man die beiden Forderungsminima auf einen Nenner bringen könnte, ließe sich vielleicht doch etwas machen?

Die ersten Regungen der beiden Parteien waren sehr verschieden. Von Seiten der Alliierten kam wie schon beim ersten Versuch ein kategorisches „Nein“, in höfliche Form gekleidet. Ihre Friedensziele sind die gleichen wie gestern. Sie wollen den Nationalsozialismus ausschalten; sie wollen sicher sein, daß keine neue Beunruhigung der Welt mehr möglich sei. Und natürlich beärzeln sie alle amerikanischen Bemühungen um den Aufbau einer neuen, gerechten Weltordnung.

Die deutsche Reaktion auf die amerikanischen Bemühungen läßt sich noch nicht überschauen. Man wäre froh, gerade hierin deutlicher zu sehen. Die Presse hat nicht Stellung genommen, weil die höhern Stellen das nicht wünschen. Sie wird erst loschlagen, wenn die Führung es abietet, und wird die für richtig gehaltene Parole ausgeben. Nachrichten aus Ber-

lin sprechen von einer Bereitschaft, Mr. Sumner Welles höflich zu empfangen und ihn offen zu informieren. Es gab Beobachter, die in diesen Darstellungen schon die Bereitschaft sahen, amerikanische Vermittlung nicht nur anzunehmen, sondern sogar anzuzufassen!

Wir glauben, daß hier ein sehr frommer Wunsch der Vater des Gedankens sei. Welche Aussicht böte Amerika? Könnte es dem Reiche Kolonien verschaffen? Oder seine neuen Grenzen garantieren? Also gerade das, was die Westmächte nicht zugestehen wollen? Roosevelt hat den Westmächten durch seinen Sekretär Cordell Hull erklären lassen, daß die amerikanische Politik nichts unternehmen werde, was sich gegen sie richte. Mit andern Worten: Was auch die deutschen Forderungen sein werden, die Herr Sumner Welles registrieren und nach Washington bringen wird, Amerika wird sich vorderhand auf die Registrierung beschränken und nirgendwo einen Druck zugunsten Deutschlands ausüben.

Ueber diese Haltung kann man in Berlin nicht im Zweifel sein. Aber die Gebote der Höflichkeit sollen beobachtet, Roosevelt nicht vor den Kopf gestoßen werden. Man erinnert sich der früheren mannigfachen Differenzen zwischen dem Regime des Dritten Reiches und USA und stellt fest, daß man in Berlin nicht immer Gewicht auf Höflichkeit legte. Roosevelt hat verschiedene Titulaturen eingeheimst, seine Politik hat sich Bezeichnungen gefallen lassen müssen, die man einem willkommenen Friedensstifter nicht anhängt. Sollte sich das geändert haben, muß man sich nicht wundern, wenn Gerüchte laut werden, als komme Roosevelt gar nicht so ungerufen.

Eins ist freilich möglich: Jemand anders als Berlin kann ihn gerufen haben. Seine Abgesandten fahren zuerst nach Rom. Und sie fahren nicht ohne Fühlungnahme. Man muß den Ausgangspunkt der neuen wie der früheren Friedensfäden also in Rom suchen, mag man auch annehmen, daß Amerika seine eigenen Pläne verfolgt.

Wir wissen, über welche Idee eine Vergleichen der beidseitigen Friedensbedingungen allenfalls gehen könnte: Ueber die Idee der Rettung Finnlands vor den Bolschewisten. Rußland und Finnland stehen nicht auf der Reisekarte des Mr. Sumner Welles. Die Untersuchung der Friedensmöglichkeiten bezieht sich nur auf England-Frankreich und Deutschland. Alles, was außerhalb dieser drei Mächte liegt, befindet sich in „nicht im Kriegszustand“. Es könnte so herauskommen, daß die bisher fehlende russische Kriegserklärung an Finnland nicht nur Amerika und England ungehemmte Hilfe für die Finnen, sondern auch Unternehmungen erlaubt, die Verhandlungen zwischen den zwei feindlichen Lagern des Westens sehr erleichtern würden.

Deutsch-russisches Zusammenwachsen.

Langsam, aber unerbittlich, weil zwangsläufig, werden die beiden Diktaturen in eine Zusammenarbeit gedrängt, die wahrscheinlich beim Abschluß des Nichtanariffsabkommens vom August 1939 nicht geplant war. Die Hintergedanken, die beide Vertragspartner gehegt haben müssen, werden zurückgedrängt und schließlich vergessen. Und obendrein fallen auch noch die Hindernisse weg, die diesem Zusammenwirken in den Absichten Englands gelegt waren, nicht an eine russische Teilnahme am

Kriege zu glauben, eher auf eine spätere Trennung hin zu arbeiten und den einen Koloß gegen den andern zu manövrieren.

Wozu dient die „Wengand-Armee“ im Mor-genlande, die soeben durch eine Landung australischer und neuseeländischer Truppen in Suez verstärkt wird? Wenn nicht offensiv, wird sie zur Verteidigung der irakischen und nordpersischen Petroleumgebiete gebraucht werden. Aber die Möglichkeit einer Offensive auf das russische Baku, die Rußland die Lieferung auch nur einer Tonne Oels oder Benzins an Deutschland verböte, falls sie gelänge, liegt nicht außer Bereich der Möglichkeit. Man schätzt in Berlin die versammelten alliierten Orienttruppen auf eine halbe Million. Morgen mögen es mehr sein. Die türkische Armee und diese Orientarmee sind zusammen keine Kleinigkeit.

Nichts demonstriert mehr als eben das Vorhandensein der Wengand-Armee die britisch-französische Ansicht, es sei mit den Hoffnungen auf Rußland für einmal vorbei ... oder für immer. Wenn schon an eine Trennung der beiden feindlichen Mächte gedacht wird, dann eher noch an die Gewinnung Deutschlands ... nach einem erhofften Umschwung.

Aber es gibt auch andere Anzeichen, die für die allmähliche offene Schwenkung der Alliierten auf die offene Kriegsführung gegen Rußland zeugen. In Paris wird die russische Handelsvertretung überfallartig heimge-sucht; die Papiere werden beschlagnahmt und auf russische Mitwirkung bei der unterirdischen deutschen Zermürbungsarbeit in Frankreich und England untersucht. Der russische Botschafter protestiert ... man erklärt ihm höflich die Notwendigkeit der Maßnahme und wird die Dokumente zurückgeben, sobald sie photographiert sind. In normalen Zeiten würden die Russen wohl ihren Botschafter abberufen. Dazu ist es aber noch zu früh. Auch Frankreich beläßt ja vorderhand den seinigen in Moskau, bis alles so weit sein wird.

In England unterstützt die Labourparty in einem Manifest die Politik Chamberlains in der eindeutigsten Weise und bezeugt mit klaren Worten, daß die britische öffentliche Meinung für die Rettung der Finnen sei. Was also der Premier mit seiner „vermehrten Hilfe für Finnland“ versprochen hat, weckt in der ganzen Nation Zustimmung und Begeisterung, und die offizielle Zustimmung der jahrelang pazifistischen Labourleute sagt alles Notwendige über die letzten Stadien des Umschwunges in England.

Vielleicht sind die Vorgänge in USA noch wichtiger als die in Frankreich und England. Zwar verfolgt man dort die verblendeten Stalinanhänger noch nicht, wie in Frankreich, wo vierzig frühere Abgeordnete wegen Wiederaufrichtung verbotener Ligen vor Gericht gestellt und verurteilt werden ... man hat sogar Todesurteile gegen flüchtige Moskauer zu erwarten ... USA braucht vorderhand die Sabotage seiner Stalinisten nicht zu fürchten. Dafür bereitet sich der Wandel der Außenpolitik im Sinne eindeutiger Schwenkung gegen Stalin vor. Ein Senator bringt die Motion ein, die Ausgaben für die amerikanische Botschaft in Moskau zu streichen ... das ließe praktisch auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen hinaus. Der Senator unterliegt gegen ein knappes Mehr, aber man muß zusehen, wie dieses Mehr zustande gekommen. Mr. Hull, der Staatssekretär, von dem die Sage geht, eigentlich sei er der Außenpolitiker, nicht Roosevelt, erklärt den Senatoren boshaft, der Abbruch der russisch-amerikanischen Beziehungen würde die Hilfe für Finnland hemmen; man lebe besser und liefere den Finnen ohne Komplikationen, wenn es keinen russisch-finnischen und auch keinen amerikanisch-russischen Krieg gebe. Offener hat man wohl noch nirgends als in diesen Bemerkungen, die dem Sinne nach so lauteten, seinen Willen zur staatlichen Unterstützung Finnlands dokumentiert. Die Senatoren haben es auch begriffen und die Auslagen für die Botschaft in Moskau nicht gestrichen. Aber die amerikanische Handelskammer

in Moskau ist geschlossen worden; zahlreiche Lieferungen an Rußland, vor allem solche von Flugbenzin, sind sistiert worden. Man will den Russen, die ihre Flugzeuge mit fremdem Benzin fliegen lassen, weil das eigene nicht „flugfähig“ ist, die Massenflüge der Bomber erschweren.

Wenn nun die Nachricht von einem neuen deutsch-russischen Handelsabkommen bekannt wird, muß man an solche und ähnliche Dinge denken. Rußland soll Rohstoffe, Deutschland Industrieerzeugnisse liefern. Vielleicht gehört zu diesen Industrielieferungen auch „Flugbenzin“, sowie zu den russischen Hauptlieferungen natürlich Petroleum gehört. Die Abschnürung auch Rußlands von gewissen Industriemärkten ist es, die dem deutsch-russischen Zusammenwachsen am eindringlichsten die Richtung weist.

Kein Wunder, wenn sich die Gerüchte nicht legen wollen, Deutschland habe sich um die Beilegung des Finnlandkrieges, der ja die russischen Vorräte aufzehrt, bemüht. Finnland solle ein Stück Karelien abtreten, nur noch ein Stück Karelien. Die Russen würden dann ihre Angriffe einstellen. In Finnland fände eine freie Abstimmung statt, ob man die Regierung Rallio oder aber Ruusinen wolle. Die Finnen würden Rallio wählen, Rußland versprechen, keinen Armeen den Durchmarsch gegen Leningrad zu erlauben, und der entsehlische Adlerlaß an der russischen Wirtschaft und Volkskraft hätte ein Ende. In Berlin wurde dieses Vermittlungsgerücht dementiert. Aber Dementis besagen oft weniger als Gerüchte, die irgendwelche Logik in sich haben.

Es könnte übrigens sein, daß solche Vorschläge von deutscher Seite erst nach dem Ausgang der „Schlacht von Summa“ Gestalt annehmen. Man hat von einem „Werdun des Nordens“ gesprochen und die massenweise aufgeopferten russischen Soldaten mit den Hekatomben verglichen, die vor den Forts der französischen Linie fielen. In zehn Tagen 33,000 Tote, das ist in der Tat furchtbar. Dabei hatte der Angriff kaum Erfolg; die Finnen streiten jeden Einbruch in die eigentliche Mannerheimlinie ab; die Russen sprechen selber nur von eroberten Punkten, die betont oder nicht betont waren. Auch die Ausdehnung der Angriffe auf die ganze nördliche Hälfte der karelistischen Landenge, gegen die Flanke am Ladogasee bei Taipale, gegen den Muasasee, gegen die lange Seensfrecke zwischen Taipale und Suvan-to, hat an keiner Stelle entblüht Linien und darum auch keinen der erhofften Einbrüche ergeben. Die Finnen kämpfen wie Löwen, mit unerschütterter Moral, die Russen treiben ihre Soldaten mit Maschinengewehrfeuer zum Sturm, wie weiland unter dem weißen Zaren, es geht wie anno 14—18, und es wird so weitergehen, bis ein Wunder den ungeheuren Unfsinn abbricht.

Scheitert auch diese Offensive, wird wohl manches reif. Die Schläge der schwedischen Polizei gegen die Kommunisten gehören ins große antibolschewistische Konzept. Man hat gefunden, was man längst wußte: Daß eine eigentliche Revolution in Schweden geplant war; die Erschießung der gegenwärtigen Regierung und der gesamten Führerschaft der sozialistischen und der übrigen Reglerungsparteien, die angeblich geplant war, kann nur eine Propagandamedung aus England sein, aber sie dient der rückhaltlosen Mobilisierung der öffentlichen Meinung für Finnland.

Die Bekanntgabe solcher Revolutionspläne zerschlägt die letzten Sympathien für Rußland, die etwa noch fortleben sollten, vorab in England ... und Stalin wird ohne jede Rückzugsmöglichkeit ins deutsche Lager getrieben, wo man ihn haben will. Und hat man ihn dort, denkt man ihm nicht nur eine „unentschiedene Schlacht bei Summa“ zu.

Die Bundesratskandidaten.

Der Vorstand der freisinnig-demokratischen Bundesversammlungsfraktion hat in seiner Sitzung in Bern einstimmig beschlossen, die Ansprüche der katholisch-konservativen Partei

auf den freigewordenen Bundesratsessel anzuerkennen und die Vorschläge abzuwarten, welche die Katholiken machen werden.

Der Vorstand der katholisch-konservativen Fraktion, der am gleichen Tage und ebenfalls in Bern beriet, gibt seine Ansprüche auf den Sessel bekannt und gibt zugleich die Weisung aus, es sei ein Vertreter der sprachlichen Minoritäten zu bezeichnen. Als Kandidaten standen im Vordergrund drei Nationalräte, nämlich der Freiburger Dr. Aebly, der Walliser Troillet und der als Tessiner geltende Dr. Dollfus.

Man kann annehmen, daß einer der drei Herren Bundesrat werden wird, und daß mit den beiden Fraktionsvernehmlassungen alle weiteren Kombinationen überflüssig geworden sind. Am meisten Chancen scheint uns Herr Troillet zu haben, am wenigsten Dr. Dollfus. Aber die Partei wird erst noch auszuknobeln haben, ob sie mit einem Einervorschlag oder mit einer Auswahl vor die Bundesversammlung treten wird. So wie man die Leute kennt, einigen sie sich sicherlich auf einen einzigen, d. h., diejenigen, die merken, daß sie das Rennen nicht machen, treten beizeiten zurück und stimmen selber für den vorgezogenen Würdigsten.

Herr Dollfus wird sich wenig gefreut haben, von den Freiburgern zu hören, der Tessin habe sicher Anspruch auf Mottas verwaistes Amt, aber regionale Ansprüche müßten zurücktreten vor der hauptsächlichsten Erwägung, den geeigneten Mann zu finden. Die Bezweiflung der Eignung ist zwar ganz harmlos gemeint; man spricht von den internationalen Gründern, die einen Tessiner verlangen, und Herr Dollfus ist ja kein echter fratello; eine gewisse Ortschaft im Kanton Bern ist bekanntlich froh darüber, daß der Tessiner Oberst auch ihr gehört, besonders weil er ein Steuerzahler ist. Und da man den Italienern nicht gut vormachen kann, man setze mit Herrn Dollfus wieder „einen Tessiner“ auf den Bundesratsstif, so klingen die Freiburger Auslegungen sehr neutral und sachlich.

Gerühmt wird der Walliser Regierungsrat und eidgenössische Nationalrat Troillet vor allem wegen seiner Anstrengungen, die Rhoneebene zu kultivieren. Aus dem alten Sumpf- und Krankheitsland ist ja bekanntlich ein Garten geworden, und was wir an Walliser Früchten und neuen Weinsorten genießen, das haben wir Troillet mehr als andern führenden Politikern dieses Kantons zu verdanken. Er wird darum sicherlich auch der Mann der Landwirtschaft sein, die von ihm Verständnis für ihre besondern Nöte erwartet. Und es mag sein, daß auch gerade die Bergbauern überlegen, ob nicht ein „Bergkantonler“ mehr als andere für ihre Belange eintreten würde. Es kommt dazu, daß das Wallis noch nie einen Bundesrat stellte. Und noch eins können wir erwägen: In den Hesten der italienischen Irredenta extremer Richtung wird ja hie und da auch das Wallis unter die Täler gerechnet, in denen eigentlich die „Italienität“ zu Hause wäre. Vielleicht glauben sie, Troillet sei einer der gleichen Rasse wie Herr Motta. Man nimmt es ja heute oft ungenau, wenn man etwas gern glaubt!

Wie gesagt, es scheint, Herr Troillet stehe unter den Namen obenan, und es werde sich wieder einer der normalen Wahlakte vollziehen, wie wir sie kennen. Wahrscheinlich stellen die Sozialdemokraten wieder Herrn Klöti auf, die Zürcher ärgern sich, daß man ihnen diesen von allen Parteien so geschätzten Stadtpräsidenten nach Bern holen wird, die Fraktionen aber, die den Katholiken Herrn Troillet wählen helfen, bewahren die Zürcher vor dem Verlust.

Verengte Wirtschaft.

Es gibt „rein theoretische Theoretiker“, die behaupten, bei steigenden Preisen müßte die Wirtschaft rapidi anziehen, weil sich nun jeder herbeimachen und ver-

dienen wolle. Daß es nicht so einfach zugeht, d. h., daß eben Faktoren mitspielen können, die diese einfach gefaßten Ursachen und Wirkungen durchqueren und andere Verläufe des Geschehens erzwingen, kann man aus einem Vergleich der Preisbewegung und des „Wirtschaftsvolumens“ in unserm Lande ersehen. Jene „reinen Theoretiker“ mögen einwenden, es sei eben Krieg, und die Kriegswirkungen würfen alles über den Haufen, auch die natürlichen Wirtschaftsgesetze. Sie mögen überlegen, ob man diesen „Faktor Krieg“ nicht in Teilfaktoren auflösen kann, die sich sonst auch zeigen könnten, wie z. B. Einkommenschwund bei den mobilisierten Wehrmännern, Rohstoffverknappung usw. Aber lassen wir die Theorie und sehen wir gewisse Tatsachen an.

Es ist festgestellt worden, daß wir ungefähr die Hälfte weniger Ganzarbeitslose haben als im Vorjahr. Statt 80,000 nur 40,000 Feiernde. Die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit, z. B. auf dem Baumarkt, ändert nichts an dieser anscheinenden Verbesserung. Aber: Ist die „Beschäftigungslosigkeit“ auch gleichzusetzen mit dem, was in den genannten verbesserten Ziffern zum Ausdruck kommt? Die Hunderttausende Mobilisierter, die durch die Umstände gezwungen sind, zu schanzen, zu exerzieren, Wache zu stehen, also „wirtschaftlich unproduktive Arbeit“ zu leisten, fallen als „Produzierende“ weg, und wenn auch die Angehörigen zu Hause in Uebernahme riesiger Arbeitslast einen Teil der ausfallenden Leistungen wettmachen, es ist doch so, daß die Zahl der „Nichtproduzierenden“ gewaltig angewachsen ist. Wäre das nicht der Fall, würde ja niemand vor eidgenössischer und kantonaler und ebensowenig vor privater Verschuldung bangen.

Daß weniger produziert wird, produziert werden kann, ergibt sich aus vielen andern Anzeichen. Die „getätigten Geschäfte“ vermindern sich, hier mehr, dort weniger. Es gibt Branchen, die in Not kommen müssen. Man denke an den schweizerischen Fremdenverkehr. Die Hälfte der Logiernächte entfiel auf ausländische Gäste, die zum größten Teil ausbleiben. Es streifen notgedrungen nicht nur Engländer, Franzosen und Deutsche, auch die Neutralen bleiben zu Hause. Die Hotellerie setzt ihre Hoffnung auf den inländischen Tourismus, und ihre „volkswirtschaftliche Rechnung“ lautet sehr einfach: Bringt ihr uns einen Franken, können wir ihn euch, d. h. den Produzenten, wiedergeben. Mit dieser Erwägung der Hoteliers müßten wir ja im Grunde sämtliche Probleme messen, die der Wirtschaft aufgegeben sind. Jede Hand, die einen Franken verdient, kann ihn weitergeben, und jede, die ihn weitergibt, setzt eine andere in die gleiche Möglichkeit.

Die Situation des Geldmarktes verriete, wenn es uns sonst nichts verraten würde, daß die Geschäfte schrumpfen. Man kann ein Stagnieren der Börsenkurse vielleicht nicht schlechtweg als Beweis für den Rückgang auf allen Gebieten werten. Aber die Tatsache, daß z. B. ein errechneter Kursdurchschnitt bestimmter wichtiger Papiere vor einem Jahre die Zahl 180 zeigte, während er jetzt um 156 herum stehen bleibt, sagt doch allerhand. Möglich ist, daß das Geld sich festen Werten zuwendet; es scheint z. B., die „Termineinlagen“ bei den Banken seien bevorzugt gegenüber den „Sichteinlagen“. Aber diese Verschiebungen sind nicht alles. Man beobachtet in Bankkreisen, daß weiterhin Gelder abgezogen werden, sei es, weil die Sparer auf ihre Rücklagen greifen müssen, sei es, daß sie lieber dem Sparstrumpf als etwas andern vertrauen. Eine planmäßige volkswirtschaftliche Aufklärung gerade von Bankenseite könnte diese Erscheinungen vielleicht bannen. Wenn sie psychologisch richtig vorgehe und bewiese, wie wenig berechtigt das Mißtrauen sei, und wie groß der Nutzen für die Volkswirtschaft, wenn wir bei dem bisherigen flüssigen Geldmarkte bleiben können, dann wäre dies zu begrüßen.

—an—